



Sendung vom 07.03.2008, 20.15 Uhr

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn
Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung
im Gespräch mit Adrian Dunskus

- Dunskus:** Unser Gast ist heute Professor Hans-Werner Sinn, der Präsident des Münchner Ifo Instituts. Professor Sinn, Sie blicken auf eine bemerkenswerte Karriere als Ökonom zurück: Was hat Sie denn eigentlich ursprünglich an der Ökonomie fasziniert?
- Sinn:** Die Politik. Ich wusste nämlich nicht genau, was ich studieren sollte. Ich hatte eigentlich ein Interesse an der Biologie, aber ich dachte mir, dass das eher eine brotlose Kunst sei. Von der Gentechnik, die heute so populär ist, wusste man damals ja noch nichts. Ich habe mich dann also doch für die Ökonomie entschieden. Es war damals ja auch eine bewegte Zeit, es gab die öffentlichen Demonstrationen im Vorfeld des Jahres 1968. Ich hatte nämlich bereits 1967 angefangen zu studieren. Da war das einfach ein spannendes Fach.
- Dunskus:** Sie haben damit ja in einer Zeit angefangen sich mit Ökonomie zu beschäftigen, die doch eher gegen die Ökonomie eingenommen war. War es die Lust am Widerspruch, von der Sie angetrieben wurden?
- Sinn:** Nein, ich hatte einfach ein Interesse an der Ökonomie. Dass man damals Fragen stellte, wie eine Gesellschaft überhaupt organisiert werden kann – ob da eine Zentralverwaltung besser geeignet ist oder eine Marktwirtschaft –, das war doch wichtig: Man hat sich dafür interessiert, aber man wusste nicht, was der richtige Weg ist. Ich habe damals wie so viele meiner Altersgenossen auch mit linken Ideen geliebäugelt und dachte mir, dass so eine Zentralverwaltungslösung vielleicht doch das Richtige sei. Aber im Zuge des Studiums der Volkswirtschaftslehre merkt man dann doch, dass daran manches doch nicht so stimmt.
- Dunskus:** Sie haben also einen Erkenntnisprozess durchlaufen. Heute ist die Linke ja erneut sehr stark präsent in der Öffentlichkeit. Wie sehen Sie denn die öffentliche Wahrnehmung der Ökonomie als Wissenschaft? Ist sie heute stärker oder schwächer als damals? Oder ist es ganz anders?
- Sinn:** Die Volkswirtschaftslehre hat sich schon immer mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, dass sie eigentlich nur eine Apologie des Kapitalismus sei, dass man also in diesem Fach die bestehenden Verhältnisse rechtfertige und dafür schöne Theorien erstelle, die aber alle gar nicht stimmen. Dieser Vorwurf ist so alt wie der Marxismus, wie der Sozialismus, denn dieser Vorwurf wurde bereits im 19. Jahrhundert gegen die Volkswirtschaftslehre erhoben. Aber das ist definitiv nicht so, denn die Volkswirtschaftslehre zeigt ja auch die Fehler des marktwirtschaftlichen Systems auf. Sehr viel von dem, was wir machen, beschäftigt sich gerade mit den Problemen, die in einer Marktwirtschaft entstehen. Das sind soziale

Fragen, das sind Umweltfragen usw. Manchmal wird ja z. B. auch behauptet, es gäbe einen Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie. Ich selbst kann das aber überhaupt nicht nachvollziehen, weil die Ökologie ja auch im Zentrum der volkswirtschaftlichen Ausbildung steht. Denn das sind ja eminent ökonomische Fragen: Auch dort, wo es nicht um Geld geht, geht es um Ökonomie!

Dunskus: Das müssen Sie uns vielleicht doch noch ein bisschen näher erklären. Wo geht es um Ökonomie, wo es nicht um Geld geht?

Sinn: Fangen wir mal mit dem Geld an. Die Marktwirtschaft basiert ja auf der Idee des Vor- und Nachteilvergleichs. Wenn ein Unternehmen einen Kochtopf produziert, dann vergleicht es den Nutzen beim Kochen mit dem Nachteil der Arbeiter, die im Schweiß ihres Antlitzes diesen Kochtopf haben produzieren müssen. Und wie geht dieser Vergleich? Indem der Kochtopf bezahlt wird. Er führt also zu einer Zahlung an das Unternehmen. Der Schweiß der Arbeiter muss wiederum durch einen Lohn bezahlt werden. Und nur dann, wenn der Erlös höher ist als die Kosten, lohnt sich die Produktion. Das ist dann auch ein Indikator dafür, dass netto volkswirtschaftlich ein Vorteil entsteht. Dieser Test, ob es sich lohnt oder nicht, wird von Unternehmen gemacht. Das meiste, das technisch möglich ist, wird nicht realisiert in der Marktwirtschaft; nur eine kleine Teilmenge der möglichen Produkte und Produktionsverfahren wird realisiert und das Kriterium dafür oder dagegen ist das marktwirtschaftliche Gewinnmotiv der Unternehmen. Dieses Gewinnmotiv führt meistens zum richtigen Ergebnis, jedoch nicht immer, nämlich dann nicht, wenn ein Teil der wirklichen Kosten, die im Zuge der Produktion entstehen, nicht in der Kostenrechnung erscheinen. Das sind z. B. Umweltschäden. Wenn ein Unternehmen durch seinen Schornstein sehr viel Dreck in die Umwelt schleudert und Millionen von Menschen diesen Dreck einatmen müssen, also einen Schaden davon haben, den jedoch das Unternehmen nicht begleichen bzw. bezahlen muss, dann wird dieses Unternehmen auch keine Anstrengungen unternehmen, diesen Schaden klein zu halten. Es wird dann also möglich sein, dass dieses Unternehmen Produktionsprozesse realisiert, die sich eigentlich gar nicht lohnen, weil der Erlös, den die Kunden bezahlen, gar nicht ausreichen würde, sämtliche im Zuge der Produktion geschädigten Menschen zu bezahlen. Dann ist das Marktergebnis also verfälscht und der Ökonom sagt nun: "Hier müssen wir eingreifen und Umweltpolitik machen!" Das ist ein schönes Beispiel dafür, dass eben kein Widerspruch zwischen ökologischen und ökonomischen Betrachtungen besteht. Ökologische Betrachtungen sind aus der Sicht meines Faches zutiefst ökonomische.

Dunskus: Ökologische Betrachtungen, wie Sie sie soeben beschrieben haben, sind aber nichts, was bereits unmittelbar im Entscheidungskalkül der Unternehmen mit drin wäre. Stattdessen muss hier der Staat regulierend eingreifen. Habe ich das so richtig verstanden?

Sinn: So ist es. Es gibt eben diese Marktfehler: Wenn Vor- und Nachteile zwischen Menschen stattfinden, die gravierender Natur sind und wenn diese Vor- und Nachteile nicht kompensiert werden durch Geldströme, funktioniert der Markt nicht und der Staat muss regulierend eingreifen. Er kann das tun durch Gebote und Verbote, durch Verordnungen usw. Er kann aber auch eingreifen, indem er Steuern erhebt auf umweltschädigende Tätigkeiten, sodass der fehlende Preis für die Kompensation der Schäden dadurch letztlich doch in die Wirtschaftsrechnung des Unternehmens eingeführt wird und der Markttest wieder funktionsfähig gemacht wird.

Dunskus: Wenn man das auf ein großes Problem der heutigen Zeit, nämlich auf den Klimawandel überträgt, dann würde das ja bedeuten, dass man die Emission von Kohlendioxid besteuert. Habe ich das richtig interpretiert?

Sinn: Das ist dann an und für sich richtig. Aber hier sind die Probleme natürlich

schon ein bisschen komplizierter, denn bei der Kohlendioxidemission geht es im Gegensatz zu anderen Umweltschäden ja um ein globales Problem. Dieses Kohlendioxid versammelt sich in der Luft und die Luft verteilt sich über die ganze Welt. Das ist ferner ein Problem, das eng verkoppelt ist mit der Extraktion fossiler Brennstoffe aus der Erde. Letztlich wird ja der Kohlenstoff, der in der Erdkruste gelagert ist, herausgeholt, verbrannt und in die Luft ausgestoßen. Das ist also ein Problem, das insofern auch eine zeitliche Dimension hat, als man sich fragen muss, in welcher Geschwindigkeit die Menschen eigentlich die fossilen Brennstoffvorräte verbrauchen sollten. Und das ist auch ein internationales Problem insofern, als man sich fragen muss: Wenn ein Land wie Deutschland jetzt die Nachfrage reduziert, was bringt das für die anderen Länder? Wie betrifft sie das? Hier ist es leider so, dass vieles von dem, was wir hier bei uns an Umweltpolitik machen, vielleicht doch nicht so wirkt, wie wir das gerne hätten. Wenn wir z. B. unsere Häuser besser isolieren oder leichtere Autos oder noch effizientere Dieselmotoren fahren, die weniger verbrauchen, dann reduzieren wir die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen auf den Weltmärkten. Es wird weniger Öl, weniger Kohle, weniger Methan gebraucht. Die Preise dieser Stoffe sinken dann quasi in dem Maße, wie wir aufgrund unserer Einsparungen weniger kaufen. Die Folge ist, dass diese niedrigeren Preise die anderen Länder auf der Welt, die sich nicht anstrengen die Umwelt zu schonen, veranlasst, um so mehr zu verbrauchen. Deutsche Maßnahmen zur Einschränkung des fossilen Brennstoffverbrauchs führten also nur dann zu einer Verbesserung der Umweltqualität, wenn wir sicherstellen könnten, dass die Ölscheichs das Öl auch wirklich im Boden lassen. Wenn sie aber rausholen, was immer sie geplant haben herauszuholen, dann fließt genau die Menge, die wir nicht abnehmen, nach China. Gesteuert wird das Ganze schlicht über den Preismechanismus. Viele Leute denken ja, bei der Umwelt sei das so ein bisschen wie bei der Kirche mit dem Klingelbeutel: "Ich leiste einen Beitrag. Ich weiß zwar, der andere macht das vielleicht nicht, aber mein Beitrag ist dennoch erst einmal da!" Dieses Bild auf die Umwelt zu übertragen ist jedoch falsch, denn dieses Bild müsste korrekterweise so aussehen: "Wir geben etwas in den Klingelbeutel hinein und die Chinesen holen dieses Geld anschließend wieder raus."

Dunskus: Das heißt, wir haben es hier auch mit einem Marktfehler, mit einem Marktversagen zu tun. Was wäre denn dann die richtige Lösung?

Sinn: Wir haben es beim Umweltproblem definitiv mit einem Marktversagen zu tun. Die richtige Lösung wäre ein weltumspannendes Kyoto-System. Das Kyoto-Protokoll legt ja fest, dass die Länder Einsparziele realisieren müssen. Europa hat sich hier auch in der Tat stark verpflichtet. Viele Länder haben sich jedoch nicht verpflichtet. Die Amerikaner haben z. B. unterschrieben, aber nicht ratifiziert, die Chinesen und die Inder haben unterschrieben und ratifiziert, sind aber gar nicht gebunden durch dieses Protokoll, d. h. sie dürfen machen, was sie wollen. Faktisch beschränkt sind nur 29 Prozent der CO²-Emissionen der Welt und dazu tragen im Wesentlichen die Europäer bei. Das Problem ist also, dass nur einige mitmachen und die anderen eben nicht und dass das, was die einen einsparen, den anderen zusätzlich zum Verbrauch zur Verfügung steht, sodass dann halt die Schornsteine in Amerika oder in China das CO² in die Luft blasen statt bei uns. Auf das Weltklima hat das absolut keinen Effekt. So geht es also nicht. Es müssen stattdessen alle mitmachen, d. h. wir müssen erreichen, dass dieses Kyoto-Protokoll von allen Ländern lückenlos unterschrieben wird: Und dann muss es eine Art von Mengenbewirtschaftung geben. Anschließend kann man dann über einen Zertifikate-Emissionshandel zwischen den Ländern diese Mengen sich nach etwas marktwirtschaftlicheren Prinzipien verteilen lassen. Das ist ja auch bereits heute in Europa der Fall. Aber dieses unilaterale Vorgehen,

das wir Europäer hier gewählt haben, wird nichts bringen. Es gibt selbstverständlich auch Leute, die sagen: "Ja, schon, aber wenn man nicht mit gutem Beispiel vorprescht, wie sollen dann die anderen jemals folgen?" Es kann sein, dass es so kommt: Das ist also ein mögliches Argument. Das Gegenargument lautet: Wenn man vorprescht und bereits etwas tut zur Verminderung der Erderwärmung, warum sollten sich die Chinesen dann noch anstrengen? Die Luft ist ja immer noch kühl.

Dunskus: Das heißt, wir haben eine Situation vorliegen, in der wir zuerst einmal eine politische Einsicht brauchen, ehe der Markt dann für eine gute Verteilung sorgen kann. Sehe ich das richtig?

Sinn: Nun ja, der Markt versagt hier, weil man die Emissionen auch nicht bezahlen muss. Das läuft also jenseits des Marktes ab. Hier muss der Markt korrigiert werden und das geht nur durch kollektive Aktionen, eben durch politische Entscheidungen, die allerdings wirklich auf Weltebene getroffen werden müssen. Wenn alleine Europa sich einschränkt, dann ist der Nettoeffekt für die Welt gleich Null. Es sei denn, wir könnten erreichen, dass die Ölscheichs das Öl im Boden lassen. Das wird aber, wie ich befürchte, nicht der Fall sein. Im Gegenteil, wenn wir immer grüner werden mit unserer Politik und die Preise für fossile Brennstoffe auf den Weltmärkten in der Zukunft stärker kaputt machen als in der Gegenwart, dann ist das eher noch ein Anreiz für die Ölscheichs, diesen Prozess zu antizipieren und das Öl noch schneller aus der Erde zu holen, nämlich bevor die Preise für sie kaputt sind. Die Erderwärmung würde sich dann sogar noch beschleunigen.

Dunskus: Wir haben es also hier mit einem Problem zu tun, das auf Weltebene angegangen werden muss. Allgemein hat man ja den Eindruck, dass sich die Probleme, die wir haben, genauso globalisieren wie die Wirtschaft. Das ist vielen Leuten unheimlich. Können Sie das verstehen?

Sinn: Ja, das kann ich verstehen. Die Globalisierung ist ein schleichender Prozess, aber auch einer, der durch den Fall des Eisernen Vorhangs unglaublich an Dramatik gewonnen hat. Denn seit 1990 sind alle ex-kommunistischen Länder nun plötzlich mit in der Marktwirtschaft: von Polen bis China reden wir hier über 28 Prozent der Menschheit. Und wenn man Indien mit dazuzählt, das ja auch ein Zentralverwaltungssystem hatte, sich davon aber verabschiedete und nun stärker marktwirtschaftlich orientiert ist, dann reden wir hier über 45 Prozent der Menschheit, die das Marktspiel so spielen wollen, wie die 15 Prozent der Menschheit, die in den OECD-Ländern leben, also in den entwickelten Ländern der Erde. Wissen Sie, es ist eben keine Kleinigkeit, dreimal so viele Menschen in der Marktwirtschaft mitmachen zu lassen wie zuvor. Da wird sich wirklich sehr viel ändern und das, was sich da ändert, ist eben für viele Menschen in unserem Land ein Problem, weil sie mit den Chinesen, den Polen und all den anderen in eine Lohnkonkurrenz treten. Aufgrund der Integration der Weltmärkte hinsichtlich Kapitalverkehr und Gütertausch haben wir letztlich eine Art von gemeinsamem Arbeitsmarkt geschaffen. Auf diesem gemeinsamen Arbeitsmarkt gibt es nun quasi so ein System von kommunizierenden Röhren, sodass sich die Wasserstände irgendwie annähern. Unsere Löhne liegen weit oben: Sie sind 27-mal so hoch wie in China. Das kann aber so nicht bleiben, d. h. sie werden nach unten gezogen und die chinesischen Löhne werden nach oben gezogen. Natürlich gleicht sich das nie völlig an und das sind auch ganz langsame Prozesse, aber sie wirken mit großer Kraft und Beharrlichkeit – und das ist halt für die Arbeiter bei uns nicht schön. Man kann nicht Gewinner der Globalisierung sein, wenn man mit seiner Arbeitskraft nur ein Substitut zu dem anzubieten hat, was die Arbeiter in den exkommunistischen Ländern auch anbieten. Gewinner ist immer nur derjenige, der ein Komplement anbietet, also etwas, das zusätzlich nötig ist. Das sind z. B. Manager, die die Fähigkeiten haben, Unternehmen zu

gestalten, und dies auch in Osteuropa oder sonst wo. Solche Leute sind natürlich international hoch begehrt heutzutage. Kapital ist ebenfalls hoch begehrt, weil die Ex-Kommunisten zwar ihre Ausbildung haben, aber Habenichtse sind, d. h. sie haben kein Kapital. Aber Kapital und Arbeit muss kombiniert werden im Produktionsprozess, denn nur so entsteht etwas. Nun buhlen also die Ex-Kommunisten um unser Kapital. Deutschland ist ein riesiger Kapitalexporteur: Wir haben im Jahr 2007 ungefähr 125 Milliarden Euro netto an Kapital exportiert, während wir zu Hause nur ungefähr 70 Milliarden netto investiert haben. Wir haben also viel mehr im Ausland investiert als zu Hause. Das schafft im Ausland Arbeitsplätze, das zieht dort die Löhne nach oben. Dadurch, dass hier bei uns im Land nicht investiert wird, fehlen auf Dauer Arbeitsplätze bzw. kommen die Löhne unter Druck. Ich verstehe, dass die Bevölkerung hier erregt ist und ein Problem damit hat. Aber ich kann es natürlich nicht ganz richtig finden, dass sich das jetzt so blindwütig entlädt und plötzlich die Manager in ihrer Gesamtheit schuld sein sollen. Man sucht einen Schuldigen, weil diese Globalisierung ein viel zu abstraktes und generelles Phänomen ist. Man möchte das stattdessen personalisieren. Und genau das führt zu diesen emotionalen Ausbrüchen, die wir im letzten Dreivierteljahr nicht nur in der Presse, sondern überall erlebt haben.

Dunskus: Sprechen wir ein wenig intensiver über die Lohnkonkurrenz. Sie haben gesagt, dass die Löhne in der entwickelten Welt tendenziell nach unten und in der übrigen Welt tendenziell nach oben gehen werden.

Sinn: Ich meine damit natürlich den allgemeinen Trend und nicht eine tagesaktuelle Situation. Natürlich wachsen wir noch und im Zuge dieses Wachstums können auch unsere Löhne noch steigen – aber leider nicht mehr so schnell, wie sie sonst gestiegen wären.

Dunskus: In diesem Zusammenhang wird ja oft von der Globalisierungsfalle gesprochen, d. h. wir haben uns der Weltwirtschaft geöffnet und nun müssen wir eben auch mit Ländern wie China konkurrieren. Viele befürchten deswegen, dass das auf die Dauer alle unsere Löhne nach unten drücken wird, bis wir auf einer Stufe mit den Chinesen sind. Können Sie das entkräften?

Sinn: Nein, das kann ich nicht entkräften, ich kann nur sagen, dass dieser Prozess sehr, sehr langsam ist. Bis die Chinesen bei der Hälfte unseres Lohnniveaus angekommen sein werden, werden die meisten Zuschauer dieser Sendung bereits seit längerem tot sein, ich eingeschlossen. Wir reden hier also über etwas, das bis zur Mitte des Jahrhunderts dauern wird. Nein, diese Prozesse sind nicht aufzuhalten: Die Chinesen kommen hoch und wir haben es schwer, weiter aufzusteigen. So nähern sich also im Zuge eines Wachstumspfad die Chinesen von unten unserem Niveau an und wir werden in diesem Entwicklungstempo so ein bisschen runtergezogen bei den Löhnen. Das ist nicht zu vermeiden. Wissen Sie, es gibt ja Leute, die sagen, ob wir dann nicht besser auf die Globalisierung verzichten sollten: "Machen wir doch die Grenzen zu!" Wenn wir das machen, dann können wir uns jedoch gleich wieder die Lendenschürze umschnallen und auf die Bäume klettern. Nein, so geht es auf keinen Fall. Man darf nicht vergessen, dass der Sockel an Lebensstandard, den wir in Deutschland haben, auf die Globalisierung zurückzuführen ist. Wir waren früher, nämlich am Ende des 19. Jahrhunderts, die Globalisierungsgewinner. Die Engländer hatten mit der Industrialisierung begonnen und deswegen waren die Löhne und Einkommen in England viel höher als bei uns. Wir waren damals die Niedriglöhner, die ihnen dann Konkurrenz machten. "Made in Germany" war zunächst einmal eine Niedriglohn-Marke für Billigprodukte mit niedriger Qualität. So war dieses Label nämlich zunächst einmal gedacht. Später dann haben wir uns verbessert und kamen immer näher an die Engländer heran. Wir haben sie aber bis zum Ersten Weltkrieg nicht

eingeholt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine ähnliche Situation: Deutschland lag am Boden, war zerstört. Dann aber haben uns die Amerikaner in ihr westliches Handelssystem wieder integriert. Dies bedeutete, dass wir unsere Volkswagen auch in den USA verkaufen durften. Aufgrund unserer niedrigen Löhne kamen wir dabei prima ins Geschäft. Die deutschen Löhne wurden dann im Laufe der Zeit hochgezogen und die Löhne der Arbeiter in Detroit wurden halt ein bisschen nach unten gezogen. Nun war aber Deutschland nicht so groß, dass das in Detroit sonderlich ins Gewicht gefallen wäre. Aber glücklich waren die Automobilwerker in Detroit keinesfalls darüber, dass Volkswagen aus Deutschland importiert wurden. So lief also dieser Prozess zu unseren Gunsten ab. Damals machte daher der Kapitalismus bei uns noch so richtig Spaß, weil man bei den Löhnen auf das Niveau der anderen hochgezogen wurde. Heute sind wir die Hochlöhner und ziehen die Chinesen hoch – und da macht der Kapitalismus bei uns eben nicht mehr Spaß. Aber ändern kann man das nicht. Verstehen Sie, das ist das Problem: Man kann das nicht ändern! Es gibt keine Strategie, sich dem zu widersetzen. Das geht schon gar nicht durch staatliche Maßnahmen, die versuchen, in die Lohnstruktur einzugreifen, wie das heute gemacht wird mit den Mindestlöhnen. Wenn man das macht, dann treibt man die Menschen, die bei uns betroffen sind von dieser Konkurrenz, in die Arbeitslosigkeit.

Dunskus: Wir sprechen gleich noch über den Mindestlohn, aber in dem, was Sie soeben gesagt haben, steckt für mich eine gute Nachricht. Darin steckt für mich die Nachricht, dass Deutschland nicht befürchten muss, dass seine Löhne auf ein Zehntel zusammengekürzt werden müssen, weil wir sonst gegenüber den Chinesen überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig wären. Denn immerhin ist das ja eine Alpträumvorstellung, wie sie öfter aufgebaut wird.

Sinn: Sie haben recht, so wird es nicht kommen. Man kann nämlich immer noch höhere Löhne haben, nämlich in dem Maße, in dem man besser ist als andere: Man kann so viel teurer sein, wie man besser ist, aber man kann nicht noch teurer sein. Und das ist das Problem. Und Deutschland ist relativ zu seiner gesamtwirtschaftlichen Produktivität bei den Löhnen halt sehr hoch. Wir haben Stundenlohnkosten, die lange Zeit die höchsten der ganzen Welt gewesen sind: Das war ungefähr von 1980 bis 2000 so. Seitdem hat es bei uns eine gewisse Abschwächung dieses Steigerungspfads gegeben und nun liegen wir bei den Stundenlohnkosten in der Industrie nur noch an dritthöchster Stelle auf der ganzen Welt. Wir können also ein gewisses Niveau halten, und zwar in dem Maße, wie wir besser sind. Aber wir können das nicht beliebig halten. Denn relativ zur gesamtwirtschaftlichen Produktivität hat Deutschland zusammen mit Belgien das höchste Stundenlohniveau in ganz Europa. Selbst dann, wenn man die Produktivität berücksichtigt, ist es also nicht so, dass man hier von Entwarnung sprechen könnte. Nein, wir sind einfach sehr teuer und das ist auch der Grund, warum Firmen wie Nokia ihre Zelte bei uns plötzlich wieder abbrechen und nach Rumänien gehen. Hätte es geholfen, wenn man Rumänien nicht in die EU integriert hätte? Vielleicht. Ich selbst war ja immer gegen die rasche Osterweiterung, und zwar genau aus diesen Gründen. Ich habe seit 15 Jahren dagegen angeschrieben und davor gewarnt, was der Fall der Eisernen Vorhangs für das deutsche Sozialsystem und die Kohärenz der Gesellschaft bedeuten wird. Ich habe also immer gesagt: "Vorsichtig, vorsichtig! Nicht alle diese Niedriglöhner auf einmal integrieren in die EU! Das muss stattdessen schrittweise gemacht werden. Man muss erst einmal bei einem Land schauen, wie das funktioniert, bevor man den nächsten Schritt macht." Aber nun haben wir alle auf einmal in die EU geholt und wollen die Türkei auch noch reinholen. Aber das verkraften wir nicht und deswegen bin ich strikt dagegen.

Dunskus: Sie haben soeben davon gesprochen, dass wir hier in Deutschland im

internationalen Vergleich sehr hohe Löhne haben. Trotzdem gibt es in Deutschland, wie es scheint, immer mehr Menschen, die sich mit ihrer eigenen Arbeit ihr Überleben nicht finanzieren können. Wie passt das zusammen?

Sinn: Wir reden ja bei den Durchschnittslöhnen doch über etwas anderes als über den niedrigsten Lohn. Die Löhne am unteren Ende der Einkommensskala reichen häufig nicht, um davon zu leben. Da gibt es dann zwei Alternativen: Entweder führt man – gedanklich – einen Mindestlohn ein. Das bedeutet aber, dass diese Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben werden, nicht alle, aber doch ein gewisser Teil. Oder man gibt Zuschüsse: Dann müssen die Löhne nicht steigen, denn das sind ja keine Kosten für die Unternehmen. Das heißt, diese Arbeitsplätze bleiben erhalten und wir können diese Einkommen sichern. Für meine Begriffe geht das nur mit Zuschüssen. Diese Mindestlohndebatte in Deutschland ist für mich nicht nachvollziehbar, weil sie sachfremde Argumente heranzieht. Nehmen Sie z. B. diesen Spruch: "Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können." Das hört sich prima an und 80 Prozent der Deutschen stimmen dem zu. Daraus wird geschlossen, man müsse den Mindestlohn einführen. Nun, der Mindestlohn führt aber, wie Berechnungen gezeigt haben, zu 800000 neuen Arbeitslosen im Westen und 300000 neuen Arbeitslosen im Osten Deutschlands. Da kann ich doch nur sagen: Von einem Mindestlohn, den man nicht bekommt, kann man auch nicht leben. Das geht einfach nicht. Zu behaupten, über einen Mindestlohn ließe sich dieses Problem lösen, bedeutet also, dass man die Gesetze der Ökonomie negiert. Das ist gerade so, als würde man das Fallgesetz negieren: Viele Menschen in Deutschland wollen, dass der Stein nach oben fliegt, wenn man ihn loslässt. Aber er fällt nach unten – immer! Ich kann daher als Ökonom nicht akzeptieren, dass man, wenn man dieses Fach nicht studiert hat, trotzdem glaubt, man wisse besser, wie ein Markt auf Lohnänderungen reagiert, als 150 ökonomische Untersuchungen, die international zum Thema "Mindestlohn" gemacht wurden und von denen die überwiegende Mehrzahl zu dem Schluss kommt, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Das ist nun einmal so. Man kann dieses Problem also nur anders lösen: Es geht nur so, dass man zuzahlt. Wissen Sie, der richtige Spruch ist nämlich ein anderer: "Jeder, der will, muss arbeiten können und er muss dann genug zum Leben haben." Können wir uns nicht darauf einigen? Ich würde doch sagen, dass auch diesen Satz 80 Prozent der Deutschen richtig finden. Aber wenn man das will, dann kann man keine Mindestlöhne machen. Dieses Ergebnis kann man nur über Zuzahlungen erreichen, denn nur Zuzahlungen stellen sicher, dass der Arbeitsmarkt flexibel ist und schließlich für jeden Jobs zur Verfügung stellt. Und gleichzeitig gibt es über diese Zuzahlungen ein auskömmliches Einkommen. Mindesteinkommenssicherung braucht der Sozialstaat, Mindestlohnsicherung jedoch zerstört seine Basis.

Dunskus: Sie haben vorhin gesagt, dass Sie Ende der 60er Jahre studiert haben. Ich kann mich, obwohl ich damals noch sehr jung war, daran erinnern, dass es in dieser Zeit keine Arbeitslosigkeit in Deutschland gegeben hat. Wie konnte es so weit kommen, dass wir heute so ein dauerhaftes Problem mit der Massenarbeitslosigkeit haben, obwohl wir dieses Problem damals – und so lange ist das ja noch nicht her – definitiv nicht hatten?

Sinn: Damals waren wir eben im internationalen Vergleich noch recht niedrig bei den Löhnen. Die Lohnexplosion fand in den 70er Jahren statt und ich sagte es vorhin bereits, ab ungefähr 1980 hatten wir dann die höchsten Stundenlöhne auf der Welt. In den 70er Jahren gab es ja enorm hohe Lohnsteigerungen: Sie erinnern sich z. B. an Kluncker von der ÖTV und an eine Lohnsteigerung von elf Prozent. So eine Steigerung haben wir jetzt übrigens bei der Lokführergewerkschaft auch wieder gehabt: Ich hoffe, diese Zeiten kommen trotzdem nicht wieder. Das hat damals viele Arbeitsplätze vernichtet. Warum war das damals so? Nun ja, das hatte

erstens mit dem mentalen Ausfluss der 68er-Bewegung zu tun: Ich glaube, ich kann das sehr gut beurteilen, weil ich in diesem Geschehen selbst mit drin war. Es lag aber auch an der Entwicklung des Sozialstaates in der sozial-liberalen Koalition. Diese Entwicklung wurde dann später auch von Blüm und Kohl in der Koalition der CDU/CSU mit der FDP fortgesetzt. Seitdem, also seit Willy Brandt, haben wir ein soziales Leistungsgesetz nach dem anderen eingeführt. Diese Gesetze liefen im Wesentlichen darauf hinaus, das Nicht-Arbeiten komfortabler zu machen und besser zu bezahlen. Da wurde damals zuerst einmal die Zeitdauer, für die das Arbeitslosengeld gewährt wird, verlängert. Dann wurde die Arbeitslosenhilfe eingeführt: Das war dieses zweite Arbeitslosengeld, das notfalls bis zur Pensionierung ging. Dann haben wir unter Blüm das Frührentensystem eingeführt usw. usf. Wir haben also immer mehr Systeme eingeführt, die mehr Geld fürs Wegbleiben bezahlt haben. Je mehr aber der Staat fürs Wegbleiben zahlt, desto höher ist der Mindestlohnanspruch, den die Leute gegen die Marktwirtschaft haben. Wir haben also in Deutschland bereits ein Mindestlohnsystem eingeführt. Diese Mindestlöhne stiegen immer schneller als die normalen Löhne. Das hatte zur Folge, dass am unteren Rand der Qualifikation zunehmende Arbeitslosigkeit entstand und Deutschland zum OECD-Weltmeister bei der Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten wurde. Diese verheerende Entwicklung zu immer mehr Arbeitslosigkeit – von Zyklus zu Zyklus jeweils 800000 Arbeitslose mehr – wurde erst im letzten Zyklus durchbrochen, und zwar deswegen, weil wir jetzt die Agenda 2010 hatten. Schröder hat also diesen Entwicklungstrend seit Brandt beendet. Was hat Schröder gemacht? Er hat die Arbeitslosenhilfe gestrichen: Man redet ja verschämt von der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Dadurch hat er weniger Geld fürs Wegbleiben gezahlt, denn es wurde zusätzlich auch noch die Zeitdauer für das Arbeitslosengeld verkürzt. Und umgekehrt hat er ein Zuschusssystem eingeführt: Das sind die Lohnzuschüsse im Rahmen des Hartz-IV-Systems. In Deutschland gibt es heute 1,25 Millionen Arbeitnehmer, die zu dem niedrigen Lohn, den sie bekommen, noch einen Zuschuss vom Staat bekommen, und zwar so, dass in der Summe aus diesen beiden Beträgen unser soziales Ziel des Existenzminimums erreicht wird. Das war also Schröder: Er hat das Mindestlohnsystem, das der Sozialstaat implizit aufgebaut hatte, verringert. Es wird seitdem vom Staat weniger Geld fürs Wegbleiben und mehr fürs Mitmachen bezahlt. Das bedeutet, dass der Mindestlohn, zu dem man gerade noch ein Marktangebot annimmt, kleiner ist als vorher. Das hat dann auch in der Tat Bewegung in den deutschen Arbeitsmarkt gebracht. Wir haben nämlich wirklich ein Wunder am Arbeitsmarkt erlebt: Heute gibt es erstmals seit Willy Brandt einen Konjunkturaufschwung, bei dem die Arbeitslosigkeit nicht mehr um diese 800000 Menschen höher liegt als beim vorangegangenen Aufschwung. Stattdessen sind wir da heute pari. Und wenn wir Glück haben, wird in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit sogar etwas niedriger sein als beim letzten Aufschwung. Das ist das Ergebnis einer Kehrtwende bei dieser sozialen Politik. Ich war nie ein Freund von Schröder, ich fand vieles falsch, was er gemacht hat, aber ich muss gestehen, dass das eine Politik in die richtige Richtung war. Ich habe diese Politik immer kritisiert als nicht weitgehend genug. Bemerkenswert ist aber, dass diese Politik, obwohl sie noch sehr zaghaft war, erhebliche Effekte auf dem Arbeitsmarkt hervorgerufen hat. Diese 800000 neuen Stellen, die auf die Agenda zurückzuführen sind, sollten wir uns nicht mehr nehmen lassen durch eine Rolle rückwärts, wie Wolfgang Clement, der Wirtschaftsminister unter Schröder, sagt. Clement kritisiert nämlich, dass die SPD heute diesen Weg geht, diese Rolle rückwärts macht.

Dunskus:

Wir haben hier ja nun eindeutig Erfolge verzeichnet. Sie waren damals der Meinung, dass das alles noch nicht weit genug ginge. Würden Sie denn heute noch für eine Verschärfung dieser Gesetze plädieren oder sind Sie der Meinung, dass wir bereits auf dem richtigen Weg sind und deshalb

diese Sache so weiterlaufen lassen können, weil sich dadurch das Problem von selbst erledigt?

Sinn:

Ich glaube, wir müssen den Kurs der Agenda 2010 jetzt konsequent weiterentwickeln. Herr von Dohnanyi, der ehemalige Hamburger Bürgermeister, hat das letztens auch so gesagt. Ich bin da voll und ganz auf seiner Seite. Dies war die richtige Entwicklung und wir müssen jetzt konsequent ein Zuschusssystem entwickeln, das auf Hartz IV aufbaut. Was wir uns vorstellen, ist, dass man die Hinzuverdienstgrenzen verbessert. Denn heute darf man bei Hartz IV ja gerade einmal 100 Euro verdienen, ohne dass einem das Geld vom Staat gestrichen wird. Wehe, man verdient einen Euro mehr! Denn der Staat nimmt einem von jedem Euro, den man mehr verdient als 100 Euro im Monat, 80 Cent weg, so dass nur 20 Cent übrig bleiben. Dies hat für den Arbeitsmarkt eigentlich verheerende Folgen, weil dadurch immer noch sehr hohe Lohnansprüche gebildet werden. Gut, das ist jetzt nicht mehr so verheerend wie früher, denn früher, im alten Sozialhilfesystem, wurden 100 Prozent gestrichen. Das ist ja der Beitrag, den Schröder geleistet hat. Aber den Leuten nur 20 Prozent zu lassen, ist natürlich immer noch zu wenig. Man muss ihnen also mehr lassen. Wir schlagen daher vor, dass man bis zu 500 Euro frei hinzuverdienen darf, ohne dass der Staat etwas kürzt. Heute ist es aber so: Wenn jemand fünf Euro netto verdienen will, dann muss er 25 Euro brutto verlangen, weil ihm der Staat ja seinen Hartz-IV-Zuschuss um 20 Euro pro Stunde kürzt. Das muss man sich mal vorstellen! Aber für 25 Euro brutto gibt es natürlich keine Jobs. Wenn wir es jedoch so machen, wie ich das vorschlage, dann ist brutto gleich netto. Wer fünf Euro netto haben will, der muss von seinem Arbeitgeber auch nur fünf Euro brutto verlangen. Und für fünf Euro brutto gibt es Jobs in Hülle und Fülle. Es wird dann nicht mehr so viel outgesourct nach China und nach Polen und in die Slowakei. Nokia könnte dann vielleicht doch hier bleiben mit einfachen Arbeiten. Und im haushaltsnahen Bereich gibt es auch sehr viele Stellen, denn wer wäre nicht bereit, bei sich zu Hause für die eine oder andere Arbeit jemanden für fünf Euro einzustellen.

Dunskus:

Sie haben vorhin erzählt, dass Deutschland im 19. Jahrhundert ein Niedriglohnland war, das sich dann im Laufe der Zeit an das Niveau von England herangepircht hat. Damals gab es ja eine sehr starke wirtschaftliche Dynamik. Hatte das wirklich nur mit den Löhnen zu tun oder haben da nicht auch noch andere Faktoren eine entscheidende Rolle gespielt? Ich denke da z. B. an die Wissenschaft, an das Schulwesen usw.

Sinn:

Ja, natürlich. Deutschland ist ja nun einmal das Land, das zumindest im protestantischen Bereich als erstes Land eine Massenausbildung hatte. Das lag daran, dass Luther die Bibel ins Deutsche übersetzt hatte. Er wollte dann natürlich, dass die Leute die Bibel auch lesen. Aber wenn sie nicht lesen können, geht das nicht. Also hat er sichergestellt, dass überall dort, wo seine evangelischen Kirchen errichtet wurden, auch Schulhäuser für Jungen und auch für Mädchen gebaut wurden. Er hat dann seine Reformatoren herumgeschickt, die aufpassen sollten, dass da auch wirklich ein ordentlicher Unterricht gemacht wird. Die Folge davon war, dass das Bildungsniveau in Deutschland vom 16. Jahrhundert an einen Sprung nach oben machte. Dazu kam dann die Buchdruckkunst von Gutenberg usw., sodass die Bücher vielfältig werden konnten. 1555 war da also der Wendepunkt: Da wurde in Augsburg festgelegt, welche Region welche Religion hat: "Cuius regio, eius religio." Danach haben sich die protestantischen Gebiete vom Analphabetentum entfernt, die Bevölkerung wurde ausgebildet. Diese protestantischen Gebiete, das hat später ja auch Max Weber ausführlich beschrieben, wurden anschließend die Keimzelle für die Industrialisierung. Als im 19. Jahrhundert die Industrialisierung begann, fand das in den protestantischen Gebieten statt. Warum? Weil dort der Ausbildungsstand der Bevölkerung so viel höher war als in den

katholischen Gebieten. Später zogen dann die Katholiken nach und heute hat Bayern ein besseres Schulsystem als alle anderen Bundesländer. Wenn man in der PISA-Statistik alle deutschen Bundesländer wie einen eigenen Staat, wie ein komplettes anderes OECD-Land einreicht, dann sieht man, dass Bayern unter 45 Ländern auf Platz 5 liegt, während Bremen auf Platz 39 liegt. Das hat sich also inzwischen umgedreht. Aber damals waren es die Protestanten, die voraus waren. Für die Universitäten galt im 19. Jahrhundert das Gleiche: Egal ob man sich die Münchner Universität oder irgendeine andere Universität in Deutschland anschaut, die Professoren waren fast ausschließlich Protestanten. Das lag einfach an diesem Erbe Luthers und an der damit zusammenhängenden Ausbildung. Dies war also die Keimzelle für die deutsche Wissensgesellschaft. Dass wir hier in Deutschland auf wissenschaftlichem Gebiet so weit nach vorne gekommen sind, lag genau daran. Bis zum Ersten Weltkrieg räumte Deutschland ein Drittel aller Nobelpreise ab! Wir lagen in sämtlichen Disziplinen auf Platz 1: vor den Franzosen, vor den Engländern, vor den Amerikanern, die damals noch nicht diese dominierende Rolle wie heute spielten. Diese Wissensentwicklung hatte also einen dramatischen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geliefert. Hoher Wissensstand und niedrige Löhne: Das war die Rezeptur, um zu ungeahntem Wohlstand zu kommen. In der Gründerzeit sind die schönsten Häuser in Deutschland gebaut worden: Das war gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. In dieser Zeit stand unser Land im Wettbewerb besser da als jemals zuvor und vermutlich je wieder danach.

Dunskus: Das, was Sie zuletzt gesagt haben, klingt nicht sehr optimistisch. Was können wir tun, was sollten wir tun?

Sinn: Wir müssen auf jeden Fall die Bildung in unserem Land wieder stärker fördern. Wir waren bei den PISA-Schultests nur Durchschnitt. Beim ersten PISA-Test waren wir sogar unter dem Durchschnitt, beim zweiten hatten die Lehrer gelernt, wie man die Schüler auf diesen Test vorbereitet und so wurden wir wenigstens Durchschnitt. Aber das kann selbstverständlich nicht reichen. Das Land der Dichter und Denker muss ein höheres Anspruchsniveau haben. Wir müssen also versuchen, wieder in eine Spitzenposition zu kommen. Das heißt, wir müssen mehr in unser Schul- und Ausbildungssystem investieren. Vielleicht müssen wir hier auch grundlegende Reformen machen. Heute haben wir ja ein dreigliedriges Schulsystem. Früher hieß dieses dreigliedrige Schulsystem Volksschule, Mittelschule und Oberschule, bis es dann neue Namen bekommen hat. Dieses System ist nicht mehr zeitgemäß. Wir können die Kinder nicht im Alter von zehn Jahren aufteilen auf die verschiedenen Schulwege. Stattdessen müssen wir sie länger zusammenlassen: Wir müssen wenigstens die Pubertät abwarten, um dann zu entscheiden, wie sich ein Kind entwickelt und für welchen Zweig es geeignet ist. Praktisch alle Länder auf der Welt haben eine viel spätere Trennung als Deutschland. Wir vergeben uns hier wirklich enorme Begabungsreserven. Ludger Wößmann vom Ifo Institut hat ja zu dieser Sache sehr viel empirisch geforscht: Die Ergebnisse sind wirklich eindeutig.

Dunskus: Die Schulen sind eine Sache, aber vielleicht sollten wir noch einen weiteren Schritt zurückgehen und uns auch mal die Kindergärten anschauen. Haben Sie den Eindruck, dass wir hier in Deutschland die Kindergärten haben, die wir brauchen, um als reiches Land bestehen zu bleiben?

Sinn: Wir haben insbesondere zu wenig Kindergärten. Wir haben den Kindergarten ja erfunden: In den USA heißt es ja auch "the kindergarten". Margarethe Schurz, die Frau von Carl Schurz, der nach der gescheiterten Revolution von 1848 in die USA geflohen war, hat das System des deutschen Kindergartens dort heimisch gemacht. Wir waren also die Erfinder dieser Institution und haben heute nur einen Deckungsgrad von

etwa der Hälfte der Kinder in diesem Alter. Demgegenüber schicken die Franzosen 99 Prozent ihrer Kinder in den Kindergarten. Ich finde also, wir sollten die Kindergärten verbessern und auch mehr Kinder in die Kindergärten bringen. Warum? Weil es auch ein Stück sozialer Gleichheit ist, was dabei herauskommt; weil das die Strategie ist, um die Kinder türkischer Eltern zu integrieren; weil auch eine frühkindliche Erziehung heutzutage nötig ist. Die französischen Kinder, die in die École Maternelle gehen, können bereits lesen und schreiben, wenn sie mit sechs Jahren in die eigentliche Schule kommen. Unsere Kinder fangen dort in der Schule damit erst an. Das Schulsystem hat also in Frankreich diesbezüglich gewisse Vorteile uns gegenüber – und die Franzosen haben bei der PISA-Studie auch viel besser abgeschnitten als wir.

Dunskus: In Deutschland wird es aber auch bestimmt Leute geben, die sagen: "Um Gottes willen, die Kinder sollen doch Zeit zum Spielen, Zeit für ihre Entwicklung haben!" Ist es nicht zu früh, wenn man die Kinder bereits im Kindergarten mit dieser Art von ernsthaftem Lernen konfrontiert?

Sinn: Ich glaube, es ist sehr natürlich, wenn Kinder in einer Gemeinschaft aufwachsen. Gerade in der heutigen Zeit, in der es ja nur noch Mini-Familien gibt, ist es gar nicht gut für die Kinder, wenn sie den ganzen Tag mit ihren Eltern zusammen sind. Es gibt unglaublich viele Ein-Kind-Familien: Soll denn dieses eine Kind immer nur zu Hause mit der Mutter zusammen sein und keinen Kontakt mit anderen Kindern haben? Das wäre jedenfalls in der Geschichte der Menschheit doch etwas sehr Ungewöhnliches. Denn die Kinder haben in der gleichen Altersgruppe immer miteinander gespielt. Es ist bestimmt kein Schaden, wenn man die Kinder in den Kindergarten schickt. Man kann nun viel dazu sagen und ich kenne auch die Bedenken, die hier von Seiten der CDU/CSU gegen dieses Thema vorgebracht werden, aber ich kann nur sagen: Ein Drittel der in Deutschland geborenen Kinder sind Ausländerkinder, in Ballungsgebieten wie in Stuttgart oder Frankfurt sind es bereits die Hälfte! Diese Menschen müssen wir doch integrieren! Wir müssen diese Kinder frühzeitig an die deutsche Sprache heranbringen. Und das geht nur über Kindergärten, denn sonst ziehen wir uns hier ein riesiges Problem heran, das wir nie werden lösen können.

Dunskus: Werfen wir zum Schluss noch einen Blick auf das andere Ende des Bildungssystems, nämlich auf die Universitäten. Dort hat es ja in letzter Zeit sehr viel Bewegung und auch sehr viele Reformansätze gegeben. Halten Sie das, was da geschehen ist, für geeignet und ausreichend?

Sinn: Ja, es bewegt sich ein bisschen was. Ich halte z. B. die Studiengebühren im Prinzip für richtig, weil sie auch einen Wettbewerb zwischen den Universitäten erzeugen. Denn Wissenschaft lebt vom Wettbewerb. Wissenschaftliche Erfolge erzielen, heißt nämlich, im Wettbewerb um die neue Idee gegenüber anderen nach vorne zu kommen. Das ist etwas, das schon im Prinzip der Gleichmacherei widerspricht. Wenn die Universitäten dadurch, dass sie gut werden, auch mehr Studenten bekommen und dadurch mehr Studiengebühren einnehmen, dann haben sie auch einen Anreiz, noch besser zu werden. Das ist also ein Schritt in die richtige Richtung, den wir hier gehen. Manches geht noch nicht so, wie es sein müsste. Wenn ich z. B. an diese Exzellenzinitiativen denke, an die "Elite-Universität München", von der ich komme, dann bleiben doch Fragen offen. Die beiden Münchner Universitäten haben ja zwei der ersten drei Plätze in diesem Wettbewerb aller deutschen Universitäten belegt: Die Ludwig-Maximilians-Universität München hat hier also sehr gut abgeschnitten. Was passiert dann aber? Da wird dann eine Menge Geld zur Verfügung gestellt – für fünf Jahre! Die Universität kann dieses Geld aber gar nicht so schnell ausgeben, wie diese fünf Jahre herum sind. Man kann auch keine Person einstellen, man kann dieses Geld also nicht dazu verwenden, langfristig Strukturen zu verbessern. Das ist also ein guter Anfang, aber es ist noch

nicht vergleichbar mit den Verhältnissen der amerikanischen Eliteuniversitäten, die große Endowments haben, also große Vermögensbestände, die übrigens von privater Seite gestellt werden. Diese Vermögensbestände erlauben es diesen amerikanischen Universitäten, Spitzenkräfte an bestimmten Kristallisationszentren wirklich zu sammeln. Wo soll bei uns dieses Geld herkommen? Eine schwierige Frage, wenn man diese Sponsoren nicht hat. Klar ist jedenfalls, wir geben insgesamt zu wenig Geld für die Bildung aus. Wir sind in der OECD-Statistik bei den Bildungsausgaben relativ zum Sozialprodukt nur im Mittelfeld. Und selbst die Amerikaner geben, was deren öffentliches Bildungssystem betrifft – und die haben ja sehr viele private Unis, – mehr Geld für die Bildung aus in Relation zu ihrem Sozialprodukt als die Deutschen. Wir sollten hier die Prioritäten vielleicht doch etwas verschieben und nicht mehr so viel für die Vergangenheit, sondern mehr für die Zukunft des Landes bezahlen.

Dunskus: Die Uni München, laut dem Urteil des Wissenschaftsrates eine "exzellente Uni", liegt in der internationalen Statistik auf Platz 53. Ist das eine realistische Einstufung im weltweiten Vergleich?

Sinn: Ja, das ist wohl realistisch, denn hier wird über alle Disziplinen hinweg die Veröffentlichungstätigkeit bewertet. Der Wettbewerb ist hier immer härter geworden und die wichtigsten Universitäten sitzen nun einmal in den USA bzw. überhaupt im angelsächsischen Bereich, weil nun einmal Englisch zur Wissenschaftssprache geworden ist. Gut, man kann sagen, dass so manches, was bei uns auf Deutsch erscheint, im angelsächsischen Raum alleine wegen der Sprache nicht so zur Kenntnis genommen wird. Aber in den Naturwissenschaften spielt die Sprache ohnehin keine so große Rolle. Nein, ich denke schon, dass diese Einstufung realistisch ist. Genau das zeigt, wie intensiv wir noch arbeiten müssen, um international weiter nach vorne zu kommen. Wir waren einmal bei all diesen Dingen wirklich an der Spitze: Vor 100 Jahren war die Welt – diesbezüglich! – wirklich noch in Ordnung in Deutschland. Es gab damals zwar andere große Probleme, aber das Bildungssystem, das Humboldt hier in Deutschland auf der Basis des hohen Ausbildungsstandes der Bevölkerung etabliert hatte, hat uns damals weltweit an die Spitze gebracht. Seitdem ging die Reise aber – bedingt natürlich auch durch die beiden verlorenen Kriege – allmählich nach unten. Wir sollten uns aber nicht aufgeben. Manchmal habe ich das Gefühl, dass die Deutschen dadurch, dass zwei Kriege verloren wurden, ihren Zukunftsglauben aufgegeben haben und sich nun damit begnügen, sich ein schönes Leben zu machen, in Urlaub zu fahren usw. Ein Land jedoch, das keinen Zukunftsglauben mehr hat, hat auch keine Kinder und investiert nicht in die Zukunft, investiert nicht in die Bildung. Das bedauere ich sehr, wenn ich diese Tendenzen in unserem Land erkenne.

Dunskus: Unser Gast war heute Professor Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo Instituts in München.